

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbekannteren und in allen Postämtern

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatlich (inkl. Post) 2,50 M. (halbjährlich 12,50 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Aufschlaggebühren) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18599, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schreibweise: Dresden-L. Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Expeditionsstunden der Redaktion: Mittwochs 10-15 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neuzeitlich gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. Ist die Anzeigenzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L., Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen besonderer Anzeigenpreise besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 10. April 1929

Nummer 83

Das GPD-Demagogenspieler enthüllt!

Resultat des Panzerkreuzer-Manövers:

Die Koalition in der Gackgasse Trustkapital verlangt resillose Kapitulation!

Berlin, 10. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Erfolge der Kommunisten bei den Betriebsratswahlen, die Furcht der Sozialdemokraten vor den Wahlen in Sachsen zwingen zu einer Komödie, durch die der Schacher der Koalitionsparteien am Müllertische und Einpositionen unterbrochen werden ist. Das Zentrum richtete gestern einen Brief an den Reichstagspräsidenten, der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion fordert, nicht gegen die zweite Panzerkreuzerrate zu stimmen, sondern sich der Stimme zu enthalten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß aber gestern mit 93 gegen 26 Stimmen bei zwei Enthaltungen, „an der bisherigen Haltung in der Panzerkreuzerfrage“ festzuhalten. Nach diesem Beschluß der Reichstagsfraktion der SPD berief Hermann Müller für heute eine Kabinettsitzung ein, und es wurde das Gerücht von einem bevorstehenden Rücktritt der Regierung kolportiert. Der Rathhandel begann aufs neue. Die Deutsche Allgemeine Zeitung berichtet dazu, daß das Kabinett sich heute darüber schlüssig werden wird, ob es einen Weg gibt, den Staat ohne Koalitionsbildung durchzuführen, und daß man in den Reihen der Sozialdemokratie sich der Hoffnung hingibt, daß die Zentrumspartei für eine Beteiligung an der Regierung auch ohne feste Koalitionsbildung gefordert werden könne.

Das Demagogenspieler der Sozialdemokraten hat diese in eine außerordentlich schwierige Lage gebracht. Ursprünglich bestand für sie die Hoffnung, daß die übrigen Koalitionsparteien das Manöver der Scheinablenkung durch die Fraktion im Namen des Reichstages gestatten würden, nachdem die Minister der SPD im Kabinett der Sache zugestimmt hätten. Doch auch die jetzt eingegangene Haltung keineswegs eine ernstliche Aktion gegen den Panzerkreuzerbau darstellt, verstanden die Koalitionsparteien sehr gut. Gestern abend noch schrieb der Dresdner Anzeiger wörtlich:

„Die (SPD-Fraktion) wird zu keiner harten Haltung veranlaßt durch die Aussicht auf den im Mai bevorstehenden sozialdemokratischen Parteitag und auf die Agitation der Kommunisten.“

Was die Koalitionsparteien jedoch veranlaßt, den Sozialdemokraten auch die Durchführung dieses Scheinmanövers zu unterlegen, ist wohl die Verheißung auf eine schnellere Verschärfung der innenpolitischen Verhältnisse, die das Bürgerturn zwingt, die Sozialdemokratie immer härter in ihrer Agitationsmöglichkeit zu beschränken und sie andererseits selber zur „politischen Arbeit“ für die Verschärfung der Kapitalabstufung mit verantwortlich zu machen. Hinzu kommt, daß die Deutschnationalen aus taktischen Gründen diesmal die zweite Panzerkreuzerrate mit dem geplanten Hausabstuf abgeben wollen.

Die Deutsche Zeitung

enthüllt ganz offen den tatsächlichen Plan des Koalitionsabstufes. Der nunmehr durch den Druck, den die kommunistische Aufklärungsarbeit bei den sozialdemokratischen Arbeitern ausübt, gefährdet wird. Die „Boh“ schreibt:

„Die sogenannten bürgerlichen Parteien wollten die Gewißheit, daß die Sozialdemokraten ihren vom Reichstag schon einmal abgelehnten Antrag auf Einstellung des Kreuzerbaues nicht erneuern, daß sie aber nicht für einen von den Kommunisten eingebrachten Antrag auf Streichung der Panzerkreuzerrate stimmen. Es wurde kein Einwand dagegen erhoben, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei dieser Einpositionen Stimmhaltung ablehnt. Nur gegen die zweite Panzerkreuzerrate sollte sie nicht votieren, weil die Koalition nicht der Gefahr ausgesetzt werden sollte, daß die Deutschnationalen zusammen mit den Kommunisten und den Sozialdemokraten die Einpositionen zu Halle bringen.“

Die „Boh“ ist empört darüber, daß nunmehr dieser gute, tatsächliche Plan gefährdet werden soll, und erinnert die Sozialdemokraten daran, daß die Situation gegenüber der bei der Bewilligung der ersten Panzerkreuzerrate eine völlig andere ist. Sie betont, daß damals die Sozialdemokratie sich damit herausstehen konnte, daß sie sich durch den Staat der vorherigen Bürgerkabinettsregierung nicht gebunden fühlte, und wörtlich stellt sie fest:

„Diesmal ist eine völlig veränderte Situation. Die Regierung Müller-Branden hat in ihrem Etat die zweite Panzerkreuzerrate angenommen. Und selbst bei weitherzigster Auslegung parlamentarischer Sitten ist es unmöglich, daß die Mitglieder

einer Fraktion, die der Regierung angehört, bei einer Abkündigung hochpolitischer Charakteres mit „Ja“ stimmen, die Fraktion selbst gegen das Kabinett mit „Nein“.

Damit wird den Sozialdemokraten deutlich gesagt, daß die Koalitionspolitik in der jetzigen Situation noch ganz andere Pflichten auferlegt wie früher. Der Vorwärts selbst verweist seinen Bericht über die Lage mit der charakteristischen Ueberschrift: „Regierungsteile — abgesetzt!“ Daß jedoch den Kapitalparteiern außerordentlich daran gelegen ist, eine Verschärfung der Situation zu vermeiden, beweist die Tatsache, daß die Germania heute früh den Brief des Zentrumsvorsitzenden an Hermann Müller, der als Ultimatum aufgefaßt wurde, als

„weder ein Ultimatum, noch eine Zumutung, sondern lediglich als einen Rat an die Sozialdemokratie zu einer staatspolitischen, wohlwollen Haltung“ bezeichnet. Das Ganze stellt

eine schamhafte, parlamentarische Komödie allerhöchster Art dar, denn in keiner weiteren Frage, vor allen Dingen nicht in den entscheidenden Abstrichen vom Sozialetat und beim Verzicht auf eine Vermögenssteuererhöhung hat die sozialdemokratische Fraktion noch Partei irgendeinen Widerspruch gewagt, sondern sachlich alles geschickt, was das Trustkapital der Regierung diktiert hat.

Auch die „linken“ sozialdemokratischen Zeitungen in Sachsen

denken gar nicht daran, ein ernst zu nehmendes Wort der Ablehnung zu äußern. Nur in durchsichtigen Worten wird sanft Kritik geübt am Inhalt des Staatsabkommens, dem ja bekanntlich der sozialdemokratische Parteitag zugestimmt hat, ebenso wie die Mitglieder, zugestimmt haben. Dabei sind sich die Herrschaften recht klar über den schändlichen Inhalt dieser Vereinbarung. Selbst

Das Leuna-Werk wieder in roter Hand!

Ordnungsgemäßer Oppositionsieg bei den Betriebsratswahlen

Halle, 10. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fand im Leunawerk die Betriebsratswahl statt, die einen glänzenden Sieg für die revolutionäre Opposition brachte. 18.947 Arbeiter haben sich an der Wahl beteiligt, das sind 92 Prozent aller Wahlberechtigten. Eine solch hohe Wahlbeteiligung ist zum erstenmal im Leunawerk zu verzeichnen. 550 Stimmen waren unglücklich. 17.497 Stimmen verteilten sich folgendermaßen:

Opposition	9256 Stimmen
Reformisten	5914
Stahlhelm	1736
Christen	581

Die Opposition hat demnach die absolute Mehrheit aller abgegebenen Stimmen erhalten. Im vorigen Jahre bestand eine einheitliche gewerkschaftliche Liste, so daß ein Vergleich der abgegebenen oppositionellen Stimmen unmöglich ist. Die Siege im Arbeiterrat verteilten sich: Opposition 16, Reformisten 10, Stahlhelm 3, Christen 1.

Die Reformisten haben die Wahlkampagne in schäblicher Art und Weise geführt. Der faulste bekannte Bezirksleiter des DMB, Köhler, hat allen Kandidaten der oppositionellen Betriebsratsliste den Ausschluß aus dem Verband angekündigt. Die Leunawerker haben nunmehr die Antwort erteilt. Der Vorwärts wagt nicht, das Ergebnis mitzuteilen, obwohl es ihm natürlich schon bekannt ist. Die Rote Fahne schreibt u. a.:

„Leuna hat rot gewählt. Der größte Betrieb der deutschen und europäischen Chemieindustrie hat sich für die Partei der sozialen Revolution entschieden. Die Proletarier der größten Gift- und Gashölle Europas haben sich der Führung der kommunistischen Partei anvertraut. Leuna ist der wichtigste Kriegsvorratungsbetrieb Europas. Jetzt haben die Leunawerker dem Proletariat Deutschlands und der ganzen Welt erklärt: Wir werden in der entscheidenden Stunde das Leunawerk in eine Stütze des proletarischen Kampfes verwandeln.“

Dresdner Metallarbeiter gegen den Kuhhandel!

Die DMB-Funktionärerversammlung stimmt Höller und Teuber nieder
Erfolgreicher Vorstoß der Opposition

Dresden, den 10. April.

Die gestern tagende Funktionärerversammlung des DMB lehnte mit 306 gegen 320 Stimmen die Abmachung ab, die von Reformisten und Unternehmern getroffen worden war. Die Abmachung sah Ausgleichszulagen von 5 bis 2 Pf. für die Stundenlöhner vor, während die Affordarbeiter nicht die geringste Erhöhung erhalten sollten. Die Erhöhungen für die Stundenlöhner sind so lächerlich gering, daß sie in keiner Beziehung der sich fortlaufend verschlechternden Lebenslage der Metallarbeiter gerecht werden.

Durch ihre Kampfstimmung haben die Funktionäre des DMB zugleich der reformistischen Ortsverwaltung eine Antwort auf ihr Verhalten in der gegenwärtigen Lohnbewegung erteilt. Die Bemühungen der Höller, Händel, Vang und Teuber, die z. T. mehrfach in die DMB-Funktion eingriffen, reichten nicht aus, die Metallarbeiter dem Kuhhandel gefügig zu machen.

Die Ausführungen der Redner der Opposition fanden harten Beifall!

Widerprüchlich waren die Ausführungen des Kollegen Köhler, der sich der Argumentation der Reformisten bediente, die Spitzenlöhne müßten „kurz treten“, um die unteren Löhne höher zu bringen, zugleich aber für Ablehnung der Abmachung eintrat.

Die Absichten der reformistischen Ortsverwaltung werden klar durch die Nichtzulassung eines Antrages auf

Abstimmung und einer Resolution gegen die verräterische Passivität der Ortsverwaltung. Höller erklärte nach der Abstimmung, es dürfe jetzt nicht vorzeitig gehandelt werden, vielmehr sei abzuwarten, was die Bezirksleitung des DMB zur Entscheidung der Dresdner Funktionäre sage. Derselbe Höller hatte vorher nur Hohn geerntet, als er berichtete, daß das Arbeitsministerium auf eine Anfrage der Gewerkschaften geantwortet habe, die Verhältnisse gestatten einen Kampf nicht.

Das Arbeitsministerium des kapitalistischen Staates ist also die Stelle, bei der sich die Reformisten die Direktion holen!

Deswegen sind sie äußerst bemüht, eine Entscheidung der Betriebsbelegschaften zu verteidigen.

Metallarbeiter! Ihr dürft eure Haut nicht verhandeln, lassen, wartet nicht länger!

Entscheidet in den Betrieben für Aufnahme des Kampfes um 15 Pf. Lohnerrhöhung für alle Metallarbeiter! Wählt betriebliche Kampfleitungen!

Urabstimmung in Chemischer Betrieben

Chemisch, 10. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Eine hartnäckige Belegschaftsversammlung der Holan-Zimmermann-Werke hat einstimmig beschlossen, die Beziehungen für die Chemische Metallindustrie abzulehnen und heute eine Urabstimmung über die Aufnahme des Kampfes vorzunehmen.

Eisenbahner Dresdens! Morgen Donnerstag, öffentliche Eisenbahnerversammlung / 19 Uhr, Reglerheim, Friedrichstraße
Tagesordnung: Der Lohnkampf / Der Eisenbahner in Gefahr